

Antworten der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt auf die Wahlprüfsteine des Landesverbandes der Kita- und Schulfördervereine Sachsen-Anhalt e.V.

1. Welchen Stellenwert haben die Kita- und Schulfördervereine in Sachsen-Anhalt für Sie?

Ehrenamtlichem und bürgerschaftlichem Engagement misst DIE LINKE eine hohe gesellschaftliche Bedeutung bei. Vieles würde vor Ort ohne die freiwillige Arbeit nicht so funktionieren, wie wir es kennen. Dazu zählt zunächst jede Art von ehrenamtlicher Arbeit, die in Vereinsstrukturen organisiert wird. Die Unterstützung von Einrichtungen kommunaler und freier Träger ist dabei keine Selbstverständlichkeit und nicht weit verbreitet. Das Engagement für Kitas und Schulen ist deshalb besonders wertvoll.

2. Welche Maßnahmen wollen Sie zur weiteren Stärkung des Ehrenamtes im vorschulischen und schulischen Bildungsbereich in Sachsen-Anhalt ergreifen?

3. Der Unterstützungsbedarf von Kindertageseinrichtungen und Schulen durch Fördervereine ist groß. Unterstützen Sie eine Gründungsförderung von Kita- und Schulfördervereinen an allen Einrichtungen in Sachsen-Anhalt?

Politik und Gesellschaft sollten es ermöglichen, dass ehrenamtliches Engagement dort erstehen kann, wo es gebraucht wird. Mit unserem Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes wollen wir eine Grundlage dafür geschaffen, ehrenamtliches Engagement insgesamt zu stärken, besser anzuerkennen und vor allem besser zu unterstützen. Dazu zählen u.a. ein umfassender Versicherungsschutz, Fortbildungsmöglichkeiten, Freistellungen, personelle und finanzielle Unterstützung für die Vereinsarbeit und die Einführung einer Ehrenamtscard für Sachsen-Anhalt. DIE LINKE fordert Kommunalbudgets zur Förderung des lokalen Ehrenamtes. Hierzu zählt auch ein enger Dialog z.B. zwischen Freiwilligenagenturen und ehrenamtlich interessierten Menschen vor Ort, da Vereinsgründungen oder das Beantragen von Projektmitteln oftmals hohe Hürden darstellen. Hier sind Hilfe und Unterstützung aus einer Hand gefragt. Deshalb wollen wir ein zentrales Ehrenamtsportal im Internet etablieren. Diese Fragen gehören auch im Rahmen der weiteren Arbeit an der Engagementstrategie des Landes unbedingt auf die Tagesordnung.

Doch nicht nur Erwachsenen, auch Kindern und Jugendlichen selbst, müssen Teilhabe, Mitsprache und Partizipation stärker als bisher ermöglicht werden. Ehrenamtlich tätigen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen dürfen durch ihr Engagement keine Nachteile entstehen. Mit unserem Kinder- und Jugendteilhabegesetz wurden schon einige Schritte gegangen, die aber noch nicht ausreichen. Auch hier sind weitere Verbesserungen möglich und nötig. So muss z.B. die Vorschrift des § 80 KVG, die bisher nur eine Soll-Vorgabe ist, strenger gefasst werden.

4. Befürworten Sie die Selbstorganisation von Kita- und Schulfördervereinen in einem Landesverband, um Professionalisierung der Vereinsarbeit und Interessenvertretung voranzubringen?

Ja.

5. Befürworten Sie, dass der Landesverband von Kita- und Schulfördervereinen Sachsen-Anhalt e.V. aufgrund seiner Erfahrung in Bildungs- und Erziehungsfragen in den Landesschulbeirat berufen wird?

6. Unterstützen Sie die Empfehlung an die Einrichtungsleiter*innen und Schulleiter*innen, dass Schulfördervereine als beratendes Mitglied in der Schulkonferenz vertreten sind?

Jede Leitung einer Kita oder Schule kann sich glücklich schätzen, wenn sie Unterstützung durch engagierte Mitglieder eines Fördervereins erhält. Eine regelmäßige Abstimmung zwischen den Planungen der Einrichtungen und der Vereine ist eine selbstverständliche Voraussetzung für eine gelingende Arbeit der Vereine und die Unterstützung für die Entwicklung der Einrichtungen. Die Leitungen sollten möglichst selbst Mitglied der Vereine sein oder regelmäßig als Gäste an den Beratungen der Vorstände und der Mitgliederversammlungen teilnehmen.

In den Gesamtkonferenzen sind engagierte Lehrkräfte, Eltern und Schüler*innen vertreten, die ggf. selbst auch Mitglieder im Schulförderverein sind und die Sicht des Vereins in der Gesamtkonferenz vertreten können. Sofern dadurch der/die Vorsitzende des Schulfördervereins nicht ohnehin schon Mitglied der Gesamtkonferenz ist, kann angeregt werden, sie/ihn als Gast einzuladen.

Im Landesschulbeirat sind überwiegend Lehrkräfte, Eltern und Schüler vertreten (jeweils sieben), die von den jeweiligen Spitzenorganisationen benannt werden sowie einzelne Vertreter der Schulträger, der Wissenschaft, der freien Schulen, der Kirchen sowie der Arbeitnehmer- und der Arbeitgeberorganisationen. Eine Berufung von Vertretern weiterer Fachorganisationen, von denen es im Schulbereich eine große Vielzahl gibt, ist nicht vorzusehen, da die Arbeitsfähigkeit des Gremiums dadurch gemindert würde. Schulische Fachorganisationen sollten sich mit ihren Anliegen an den Landesschulbeirat an die jeweiligen entsenden Organisationen – den Landeselternrat, den Landeschülerrat oder die Lehrerorganisationen wenden.

7. Inwiefern teilen Sie die Auffassung, dass zur Betreuung der Schüler*innen überwiegend qualifiziertes Fachpersonal eingesetzt werden darf?

Für die Betreuung der Schüler*innen muss selbstverständlich qualifiziertes Fachpersonal eingesetzt werden. Schulen benötigen multiprofessionelle Teams, in denen neben den Lehrkräften bedarfsgerecht auch pädagogische Mitarbeiter*innen, Schulsozialarbeiter*innen, Psycholog*innen und Therapeut*innen zum Einsatz kommen, um die vielfältigen Herausforderungen in Bildung und Erziehung im schulischen Alltag zu bewältigen und den unterschiedlichen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden. DIE LINKE hat in den vergangenen Jahren zahlreiche parlamentarische Initiativen ergriffen, um auf dem langen Weg zum flächendeckenden und bedarfsabhängigen Einsatz multiprofessionelle Teams voranzukommen.

8. Unterstützen Sie die Befreiung von Gebühren und Kosten für gemeinnützige Kita- und Schulfördervereine bei Registrarsachen und Veröffentlichungen?

Ja.

9. Teilen Sie die Auffassung, dass eine fortlaufende statistische Erfassung über die genaue Anzahl der Kita- und Schulfördervereine in Sachsen-Anhalt von Bedeutung ist?

10. Befürworten Sie eine fortlaufende statistische Erhebung, welchen monetären und ideellen (z.B. geleistete ehrenamtliche Stunden) Beitrag die Kita- und Schulfördervereine in Sachsen-Anhalt in den Bildungssektor einbringen?

Ja, DIE LINKE unterstützt beide Forderungen. Mehr noch, mit unserem Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes wollen wir erreichen, dass die Landesregierung im März eines jeden Jahres dem Landtag einen Ehrenamtsbericht vorlegt. Der Ehrenamtsbericht soll eine auf Schwerpunkte konzentrierte Bestandsaufnahme zur Lage und Entwicklung des Ehrenamts in Sachsen-Anhalt im abgelaufenen

Jahr, einen Überblick über die öffentliche Finanzierung des Ehrenamts im abgelaufenen Jahr (Ehrenamtsfinanzbericht), eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Landesregierung angestrebten ehrenamtspolitischen Zielsetzungen und Prioritäten und eine Darlegung der für das laufende Jahr vorgesehenen Zuwendungen enthalten. Dazu sind aussagefähige statistische Erhebungen notwendig.

11. Welche Maßnahmen zur Beseitigung des allgegenwärtigen und unbestrittenen Lehrermangels wollen Sie ergreifen?

In den kommenden Jahren werden weiterhin jährlich bis zu 1.000 Lehrkräfte altersbedingt oder aus anderen Gründen aus dem Schuldienst ausscheiden. Um diese zu ersetzen und den Personalbestand darüber hinaus deutlich zu steigern, will DIE LINKE jährlich bis zu 1.500 neue Lehrkräfte einstellen. Bis zum Schuljahr 2025/26 sollen so bis zu 2.000 Lehrkräfte mehr in den Schulen zum Einsatz kommen.

Dafür muss die Ausbildung in der 2. Phase der Lehramtsausbildung ausgeweitet und die Bindung der angehenden Lehrkräfte an das Land und möglichst auch schon an die künftige Einsatzschule bereits während der Ausbildung deutlich gesteigert werden. Durch frühzeitige Einstellungszusagen sollen Gemeinden und Landkreise motiviert werden, für Studierende und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst gute Bedingungen für sie und ihre Familien zu schaffen und sie so an die Region zu binden. Außerdem sollen zusätzliche Anreize in Form von Anwärtersonderbezüge beim Einsatz in Bedarfsregionen geschaffen werden. Darüber wird DIE LINKE Einstellungen zu jeder Zeit ermöglichen und auch die Rückkehr aus anderen Bundesländern fördern. Durch schnelle Entscheidungen vor Ort werden die Einstellungsverfahren verkürzt und den Schulen mehr Verantwortung und Einfluss einräumt.

Darüber hinaus wird es noch über viele Jahre notwendig sein, Seiteneinsteiger*innen für den Schuldienst zu gewinnen. Diese benötigen eine vollwertige berufsbegleitende pädagogische Ausbildung. Deshalb wird DIE LINKE den Vorbereitungsdienst auch für Seiteneinsteiger*innen mit nur einem Unterrichtsfach öffnen und ein spezielles Mentorensystem zur besseren Begleitung in den Beruf einrichten.

Langfristig kann Sachsen-Anhalt aber nur bestehen, wenn die massiven Defizite in der universitären Lehramtsausbildung durchgreifend beseitigt werden. DIE LINKE wird die Kapazität von derzeit 1.000 auf 1.500 Studienplätze im ersten Fachsemester ausweiten und dabei auch wieder stärker auf den Ausbau der Lehrerbildung an der Universität in Magdeburg setzen. Kapazitätsbeschränkungen (NC) in ausgewiesenen Mangelfächern müssen ebenso der Vergangenheit angehören wie die derzeit fehlende Steuerung der Fächerauswahl in die Mangelfächer und die unzureichende Studien Erfolgsquote in einigen Fachrichtungen.

Um die Effizienz in der Ausbildung und beim späteren Einsatz maßgeblich zu erhöhen, wird DIE LINKE die universitäre Ausbildung für die allgemeinbildenden Schulen auf zwei Lehramtslaufbahnen reduzieren – das Lehramt für die Primarstufe und das Lehramt für die Sekundarstufe. Die Ausbildung für Förderpädagogik wird in diese beiden Laufbahnen integriert. Damit Sachsen-Anhalt konkurrenzfähig bleibt, wird DIE LINKE die Vergütung der Grundschullehrkräfte in die A13/E13 anheben.

12. Die bauliche Situation von Kindergarten- und Schulgebäuden ist vielerorts desolat. Nach welchem Konzept streben Sie eine Lösung an?

Der desolate Zustand vieler Kindergarten- und Schulgebäude liegt an einem jahrzehntelangen Investitionsstau, dessen Ursache vor allem in der systematischen Unterfinanzierung der Kommunen im Land liegt. DIE LINKE möchte hier nach der Wahl schnell gegensteuern und eine grundlegende Reform des kommunalen Finanzausgleichs (Finanzausgleichsgesetz) auf den Weg bringen, um die Finanzkraft der Kommunen durchgreifend zu stärken und wieder Investitionen in die kommunale Infrastruktur zu ermöglichen. DIE LINKE will darüber hinaus endlich ein eigenes Landesschulbauprogramm auflegen, mit dem vor allem neu- und Erweiterungsbauten finanziert werden sollen. Dies alles lässt sich auf Dauer nur erreichen, wenn durch eine große Steuerreform im Bund die öffentlichen Haushalte insgesamt über deutlich mehr Steuereinnahmen verfügen können.

13. Thema: Digitalisierung. Die Ausstattung vieler Schulen, der diesbezügliche Bildungsstand von Lehrkräften, die technische Betreuung der Systeme und /oder der Breitbandausbau (insbesondere in ländlichen Regionen) erschweren die Bereitstellung und Durchführung von digitalem Unterricht. Wie möchte Ihre Partei eine Lösung herbeiführen?

Deutschland ist ein Entwicklungsland in Sachen digitalen Lernens. Um digitale Lernformen künftig für alle nutzbar zu machen, müssen die Schulen schneller Glasfaseranschlüsse für leistungsfähiges Internet erhalten. DIE LINKE will außerdem sicherstellen, dass jede/r Schüler*in über ein internetfähiges Gerät und einen Internetzugang verfügt. Für die Verbesserung des Bildungserfolgs gilt es neben der technischen Ausstattung aber auch, sich mit gesellschaftlichen Grundfragen der Digitalisierung auseinanderzusetzen, die kompetente Nutzung moderner Medien für die Gestaltung von Lernprozessen durch Lehrer*innen und die digitale Mündigkeit der Schüler*innen zu entwickeln sowie einen effektiven Datenschutz zu gewährleisten. DIE LINKE beabsichtigt Geld für Infrastruktur, Software, Plattformen und Personal zur Verfügung zu stellen.

14. Ein Thema, welches durch Lehrermangel, Digitalisierung und nicht zuletzt COVID-19 stark in den Hintergrund gedrängt wurde: Wie ist Ihre Position in Bezug auf Inklusion in Kita- und Schule?

Für uns ist der Anspruch auf eine erfolgreiche Bildung im Regelschulsystem für alle Schüler*innen verbindlich und eine gesellschaftliche Notwendigkeit zur Gewährleistung des sozialen Zusammenhalts. Inklusion kann und muss besser gelingen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir die Rahmenbedingungen für die Förderung von Kindern mit festgestelltem Förderbedarf in Regelschulen strukturell verbessern und vor allem deutlich mehr qualifizierte Pädagog*innen einsetzen. In den Landkreisen und kreisfreien Städten werden wir Regionale Förderzentren ermöglichen, um so einen Übergang vom bisherigen Förderschulsystem zu einem inklusiven Schulsystem zu erreichen.

15. Was wollen Sie unseren Mitgliedern darüber hinaus noch mitteilen?

Bleiben Sie engagiert für die Bildung in Kitas und Schulen! Und bleiben Sie gesund und treffen Sie durch ihre Wahl eine Entscheidung für gute Bildung und eine Stärkung der Demokratie in unserem Land.